

der Europäischen Gemeinschaften

18. Jahrgang Nr. C 225

2. Oktober 1975

Ausgabe in deutscher Sprache

Mitteilungen und Bekanntmachungen

Inhalt

I *Mitteilungen*

Kommission

Mitteilung der Kommission betreffend den Wert der Europäischen Rechnungseinheit 1

II *Vorbereitende Rechtsakte*

.....

III *Bekanntmachungen*

Europäisches Parlament

Mitteilung 2

Allgemeine Stellenausschreibung Nr. PE/67/C (Bürosekretärinnen und Schreibkräfte
italienischer Sprache) 5

Öffentliche Bauaufträge (Richtlinie des Rates Nr. 71/305/EWG vom 26. Juli 1971,
ergänzt durch die Richtlinie des Rates Nr. 72/277/EWG vom 26. Juli 1972) 8

Offene Verfahren 10

Nicht offene Verfahren 14

Ergänzende Angaben 23

I

(Mitteilungen)

KOMMISSION

Mitteilung der Kommission betreffend den Wert der Europäischen Rechnungseinheit gemäß Artikel 2 Absatz 2 des Beschlusses des Rates vom 21. April 1975 75/250/EWG ⁽¹⁾ über die Definition und die Umrechnung der Europäischen Rechnungseinheit, in der die in Artikel 42 des AKP—EWG-Abkommens von Lome genannten Beträge der Hilfe ausgedrückt sind

Die Europäische Rechnungseinheit am 1. Oktober 1975:

FB/Flux	46,0899	FS	3,17063
DM	3,05714	Peseta	69,2040
Hfl	3,14978	Skr	5,19235
Pound St	0,569926	Nkr	6,57207
Dkr	7,17159	Can.-Dollar	1,19157
FF	5,22371	Escudo	31,5684
Lit	795,926	Aus Sch	21,6283
Irish Pound	0,569362	Markka	4,55209
US-Dollar	1,16352	Yen	351,831

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 104 vom 24. 4. 1975, S. 35.

III

(Bekanntmachungen)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

MITTEILUNG

BESTIMMUNGEN FÜR DIE DURCHFÜHRUNG ALLGEMEINER AUSWAHLVERFAHREN

Auswahlverfahren für die Einstellung von Beamten der Europäischen Gemeinschaften sind nach den Bestimmungen des Beamtenstatuts öffentlich auszuschreiben. Diese Ausschreibungen sind im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* zu veröffentlichen. Auswahlverfahren können sowohl für die Besetzung einer bestimmten Anzahl freier Planstellen als auch im Hinblick auf die Bildung einer Einstellungsreserve eröffnet werden.

I. Allgemeine Voraussetzungen

In einer Planstelle bei einem Organ der Europäischen Gemeinschaften kann nur ein Bewerber eingewiesen werden, der die nachstehenden Voraussetzungen des Beamtenstatuts erfüllt:

1. er muß Staatsangehöriger eines der Mitgliedstaaten der Gemeinschaften ⁽¹⁾ sein (Ausnahmen sind zulässig) und die bürgerlichen Ehrenrechte besitzen;
2. er darf sich seinen Verpflichtungen aus den für ihn geltenden Wehrgesetzen nicht entzogen haben;
3. er muß den für die Ausübung des Amtes zu stellenden sittlichen Anforderungen genügen;
4. er muß mit Erfolg an einem Auswahlverfahren teilgenommen haben;
5. er muß die körperlichen Voraussetzungen für die Ausübung seines Amtes besitzen;

⁽¹⁾ Die Mitgliedstaaten der Gemeinschaften sind:

- Belgien,
- Dänemark,
- Bundesrepublik Deutschland,
- Frankreich,
- Irland,
- Italien,
- Luxemburg,
- Niederlande,
- Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland.

6. er muß nachweisen, daß er gründliche Kenntnisse in einer Amtssprache der Gemeinschaften ⁽¹⁾ und ausreichende Kenntnisse in einer weiteren Amtssprache der Gemeinschaften in dem Umfang besitzt, in dem dies für die Ausübung seines Amtes erforderlich ist.

II. Verfahren

1. Der Bewerber hat den im Amtsblatt enthaltenen Bewerbungsbogen einzureichen. Der Bewerbungsbogen ist mit der Schreibmaschine oder in Druckschrift sorgfältig und leserlich auszufüllen. Auf Seite 1 ist die Nummer des Auswahlverfahrens anzugeben. Die Erklärung auf der letzten Seite muß unterschrieben werden.

Es sind nur Bewerbungen zulässig, die für ein bestimmtes Auswahlverfahren eingereicht werden. Etwa zuvor eingereichte Bewerbungen können nicht berücksichtigt werden. Auch kann sich der Bewerber nicht auf früher eingereichte Unterlagen beziehen.

Die erforderlichen Unterlagen, Zeugnisse usw. können gesondert eingesandt werden (Photokopien). Das Generalsekretariat kann zusätzliche Unterlagen oder Auskünfte anfordern.

2. Für jedes Auswahlverfahren wird ein Prüfungsausschuß eingesetzt, dessen Mitglieder von der Anstellungsbehörde und der Personalvertretung bestellt werden.
3. Die Anstellungsbehörde stellt das Verzeichnis der Bewerber auf, die die unter Abschnitt I Nummern 1, 2 und 3 genannten Voraussetzungen erfüllen, und übermittelt es mit den Bewerbungsunterlagen dem Prüfungsausschuß.

4. Der Prüfungsausschuß stellt nach Prüfung dieser Unterlagen das Verzeichnis der Bewerber auf, die den Bedingungen der Stellenausschreibung entsprechen.

Bei einem Auswahlverfahren auf Grund von Prüfungen werden sämtliche in diesem Verzeichnis aufgeführten Bewerber zu den Prüfungen zugelassen.

Bei einem Auswahlverfahren auf Grund von Befähigungsnachweisen legt der Prüfungsausschuß die Grundsätze für die Bewertung der Befähigungsnachweise der Bewerber fest und prüft die Befähigungsnachweise der Bewerber, die in dieses Verzeichnis aufgenommen worden sind.

Bei einem Auswahlverfahren auf Grund von Befähigungsnachweisen und Prüfungen bestimmt der Prüfungsausschuß, welche in diesem Verzeichnis aufgeführten Bewerber zu den Prüfungen zugelassen werden.

5. Am Ende seiner Arbeit stellt der Prüfungsausschuß das Verzeichnis der Bewerber auf, die für die Tätigkeit in den ausgeschriebenen Planstellen geeignet sind. Die Zahl der in diesem Verzeichnis aufgeführten Bewerber soll nach Möglichkeit mindestens doppelt so hoch sein wie die Zahl der zu besetzenden Planstellen. Das Verzeichnis wird der Anstellungsbehörde zugeleitet, die den (die) Bewerber auswählt, den (die) sie für die freie(n) Planstelle(n) ernennen will.
6. Jeder Bewerber wird über die Behandlung seiner Bewerbung unterrichtet.
7. Die Arbeiten des Prüfungsausschusses sind geheim. Gründe für eine etwaige Nichtzulassung zu den Prüfungen oder Erläuterungen über die Prüfungsergebnisse werden deshalb nicht bekanntgegeben.

⁽¹⁾ Amtssprachen der Gemeinschaften sind: Dänisch, Deutsch, Englisch, Französisch, Italienisch und Niederländisch.

III. Probezeit

Jeder Beamte, mit Ausnahme der Beamten der Besoldungsgruppen A 1 und A 2, hat eine Probezeit von sechs Monaten (Laufbahngruppen C und D) oder von neun Monaten (Laufbahngruppen A und B und Sonderlaufbahn Sprachendienst) abzuleisten und kann nur bei Bewährung zum Beamten auf Lebenszeit ernannt werden.

IV. Besoldung, soziale Sicherheit und Steuerabzug

1. Die Dienstbezüge umfassen:

- a) ein Grundgehalt;
- b) unter den im Beamtenstatut vorgesehenen Voraussetzungen:
 - eine Auslandszulage in Höhe von 16 v. H. der Summe des Grundgehalts und der dem Beamten zustehenden Haushaltszulage und der Zulagen für unterhaltsberechtigte Kinder. Die monatliche Auslandszulage beträgt mindestens 3 543 bfrs;
 - für einen bestimmten Zeitraum Tagegelder;
 - eine Haushaltszulage in Höhe von 5 v. H. des Grundgehalts, mindestens jedoch 1 276 bfrs monatlich;
 - eine monatliche Zulage in Höhe von 1 983 bfrs für jedes unterhaltsberechtigte Kind;
 - eine Erziehungszulage in Höhe der tatsächlichen Erziehungskosten von monatlich mindestens 638 bfrs bis zu höchstens 1 772 bfrs für jedes unterhaltsberechtigte Kind.

2. Die Europäischen Gemeinschaften haben ein System der sozialen Sicherheit, das den Beamten folgendes garantiert:

- eine Versorgungsregelung (Altersversorgung, Ruhegehalt wegen Dienstunfähigkeit und gegebenenfalls Hinterbliebenenversorgung);
- Sicherung bei Krankheit und Arbeitsunfällen sowie Unfällen im Privatleben.

Das Ruhegehalt beträgt 70 % des Grundgehalts. Die nachgewiesenen Krankheitskosten werden im allgemeinen bis zu 80 % erstattet.

Der Beitrag der Beamten für diese Leistungen wird vom Gehalt abgezogen (Arbeitnehmeranteil: 6,75 % für Altersversorgung, 1,5 % für Krankenkasse, 0,1 % für Unfälle im Privatleben).

3. Auf die Dienstbezüge werden außer einer Steuer zugunsten der Gemeinschaften keinerlei andere Steuern erhoben.
4. Auf die Nettobezüge des Beamten wird ein Berichtigungskoeffizient angewandt (der den Schwankungen der Lebenshaltungskosten entspricht).

V. Reisekosten

Den vom Prüfungsausschuß zur Teilnahme an den Prüfungen zugelassenen oder zu einem Gespräch eingeladenen Bewerbern werden die Reisekosten unter den im Einberufungsschreiben genannten Bedingungen erstattet. Desgleichen werden die beim Dienstantritt entstehenden Reisekosten nach den Vorschriften des Beamtenstatuts vergütet.

ALLGEMEINE STELLENAUSSCHREIBUNG Nr. PE/67/C

Das Europäische Parlament veranstaltet für sein Generalsekretariat in Luxemburg ein allgemeines Auswahlverfahren auf Grund von Befähigungsnachweisen und Prüfungen zur Bildung einer Einstellungsreserve von:

**BÜROSEKRETÄRINNEN
und
SCHREIBKRÄFTEN
italienischer Sprache**

Laufbahngruppe C, Besoldungsgruppe 3/2 (Bürosekretärinnen) und Laufbahngruppe C, Besoldungsgruppe 4 (Schreibkräfte).

Diese Reserve dient zur Besetzung der Stellen derselben Laufbahngruppe, Besoldungsgruppe und Verwendung, die nicht durch Versetzung oder Beförderung von bereits im Dienst des Europäischen Parlaments stehenden Beamten besetzt werden können. Diese Reserveliste gilt bis zum 31. Dezember 1976.

Die Gültigkeitsdauer der Reserveliste kann verlängert werden. In diesem Fall wird dies den in diese Liste aufgenommenen Bewerbern rechtzeitig zur Kenntnis gebracht.

I. ART DER TÄTIGKEIT:

BÜROSEKRETÄRINNEN:

- Niederschrift von Texten, die auf Platten oder Band aufgenommen wurden;
- Maschinenschreibarbeiten in mindestens zwei Sprachen der Europäischen Gemeinschaften;
- Aufnahme von Stenogrammen in italienischer Sprache;
- in einem Sekretariat anfallende sonstige Arbeiten.

SCHREIBKRÄFTE:

- Niederschrift von Texten, die auf Platten oder Band aufgenommen wurden;
- Maschinenschreibarbeiten in italienischer Sprache.

II. GEHALT:

BÜROSEKRETÄRINNEN:

Die Ernennungen erfolgen in der Besoldungsgruppe C 3. Das monatliche Anfangsgrundgehalt beträgt je

nach Ausbildung und Berufserfahrung des Bewerbers zwischen 21 687 bfrs (C 3/1) und 23 623 bfrs (C 3/3). Hinzu kommen gegebenenfalls die im Statut der Beamten der Gemeinschaften vorgesehenen Zulagen und Entschädigungen, die in den dieser Stellenausschreibung vorangestellten allgemeinen Bestimmungen aufgeführt sind.

Die Bezüge unterliegen der Gemeinschaftssteuer.

Gemäß Artikel 4a des Anhangs VII zum Statut wird gegenwärtig eine vorübergehende Pauschalzulage in Höhe von 1 417 bfrs monatlich gewährt. Gegebenenfalls wird für einen bestimmten Zeitraum unter den in Artikel 10 des Anhangs VII zum Statut vorgesehenen Bedingungen ein Tagegeld zwischen 700 bfrs und 450 bfrs für die ersten 14 Tage und 325 bfrs und 225 bfrs vom 15. Tag an gewährt.

Nach Abzug der obligatorischen Abgaben (Versorgungsfonds, Versicherungen, Steuer) beläuft sich beispielsweise das Nettogehalt eines ledigen Beamten, der keine Familienzulagen, aber eine Auslandszulage erhält und in die Besoldungsgruppe C 3 eingestuft ist, auf rund 32 833 bfrs in der ersten Dienstaltersstufe, 34 084 bfrs in der zweiten Dienstaltersstufe und 35 414 bfrs in der dritten Dienstaltersstufe.

In diesen Beträgen sind die Tagegelder nicht enthalten.

SCHREIBKRÄFTE:

Die Ernennungen erfolgen in der Besoldungsgruppe C 4. Das monatliche Anfangsgrundgehalt beträgt je nach Ausbildung und Berufserfahrung des Bewerbers zwischen 19 269 bfrs (C 4/1) und 21 097 bfrs (C 4/3).

Hinzu kommen gegebenenfalls die im Statut der Beamten der Gemeinschaften vorgesehenen Zulagen und Entschädigungen, die in den dieser Stellenausschreibung vorangestellten allgemeinen Bestimmungen aufgeführt sind.

Die Bezüge unterliegen der Gemeinschaftssteuer.

Gemäß Artikel 4a des Anhangs VII zum Statut wird gegenwärtig eine vorübergehende Pauschalzulage in Höhe von 924 bfrs monatlich gewährt. Gegebenenfalls wird für einen bestimmten Zeitraum unter den in Artikel 10 des Anhangs VII zum Statut vorgesehenen Bedingungen ein Tagegeld zwischen 700 bfrs und 450 bfrs für die ersten 15 Tage und 325 bfrs und 225 bfrs vom 16. Tag an gewährt.

Nach Abzug der obligatorischen Abgaben (Versorgungsfonds, Versicherungen, Steuer) beläuft sich beispielsweise das Nettogehalt eines ledigen Beamten, der keine Familienzulagen, aber eine Auslandszulage erhält und in der Besoldungsgruppe C 4 eingestuft ist auf rund 29 357 bfrs in der ersten Dienstaltersstufe.

In diesem Betrag sind die Tagegelder nicht enthalten.

III. AUSWAHLVERFAHREN UND ZULASSUNGSBEDINGUNGEN:

Das Auswahlverfahren findet auf Grund von Befähigungsnachweisen und Prüfungen statt.

Zugelassen sind die Bewerber, die die folgenden Bedingungen erfüllen und deren Bewerbung vom Prüfungsausschuß angenommen wurde.

1. Allgemeine Voraussetzungen:

Die Bewerber haben nachzuweisen, daß sie die Voraussetzungen des Artikels 28 Buchstaben a), b) und c) des Statuts der Beamten der Gemeinschaften erfüllen, die in dem Abschnitt I „Allgemeine Voraussetzungen“ unter den Ziffern 1, 2 und 3 in dieser Ausgabe des *Amtsblatts der Europäischen Gemeinschaften* aufgeführt sind.

2. Alter:

- Mindestalter: 18 Jahre,
- Höchstalter: 40 Jahre.

Stichtag ist das für die Einreichung der Bewerbungen festgesetzte Datum.

Für die Bediensteten, die von dem für den Einsendeschluß der Bewerbungen festgesetzten Datum an gerechnet seit mindestens einem Jahr bei den Europäischen Gemeinschaften beschäftigt sind, wird diese Altersgrenze um die Dauer der bei den Europäischen Gemeinschaften abgeleisteten Dienstzeit erhöht bzw. herabgesetzt.

3. Erforderliche Zeugnisse bzw. Befähigungsnachweise und Berufserfahrung ⁽¹⁾:

- Absolvierung einer Mittelschule, Handelsschule, Fachschule, Berufsschule bzw. gleichwertige Berufserfahrung;
- der Bewerber muß an dem für die Einreichung der Bewerbungen festgesetzten Datum wäh-

rend mindestens eines Jahres eine Berufstätigkeit in einer Stelle ausgeübt haben, die in ihren Tätigkeitsmerkmalen den unter „Art der Tätigkeit“ genannten Merkmalen entspricht. Studien im Anschluß an die Absolvierung einer Mittelschule, insbesondere der Besuch einer Sekretärinnen-Fachschule oder eines ähnlichen Instituts, können als Berufstätigkeit in Betracht gezogen werden.

Die unter Ziffer 12 des Bewerbungsfragebogens abgegebenen Erklärungen müssen durch Belege in Form von Fotokopien nachgewiesen werden.

Im Fall der späteren Anstellung wird empfohlen, die sich auf die Diplome, die Befähigungsnachweise oder die Berufserfahrung beziehenden Belege in Form von beglaubigten Abschriften einzureichen. Fotokopien werden nur angenommen, wenn sie den nicht fotokopierten Vermerk aufweisen, wonach die Übereinstimmung mit dem Original bescheinigt wird.

4. Sprachkenntnisse:

Der Bewerber hat zu erklären, daß er eine gründliche Kenntnis der italienischen Sprache und befriedigende Kenntnisse in einer weiteren Sprache der Gemeinschaften (Deutsch, Englisch, Dänisch, Französisch, Niederländisch) besitzt.

IV. Der Prüfungsausschuß stellt das Verzeichnis der Bewerber auf, die die Zulassungsbedingungen zu dem Auswahlverfahren erfüllen, und bestimmt, welche der in diesem Verzeichnis aufgeführten Bewerber zur Prüfung zugelassen werden. Die Bewerber werden vorgelesen.

Die Prüfungen auf Grund des Auswahlverfahrens finden Anfang Dezember 1975 statt.

V. ART DER PRÜFUNGEN:

1. Pflichtfächer:

A. FÜR BÜROSEKRETÄRINNEN UND SCHREIBKRÄFTE:

- a) Reinschrift eines Handschreibens in italienischer Sprache mit Zahlentabelle innerhalb 30 Minuten;
- b) Prüfung der Geschwindigkeit (mindestens 220 Anschläge oder 35 Wörter/Minute); Abschrift eines Schreibmaschinentextes in italienischer Sprache innerhalb 15 Minuten;
- c) handschriftliche Aufnahme eines Diktats von etwa 40 Zeilen in italienischer Sprache, das bestimmte orthographische und gram-

⁽¹⁾ Bewerber mit abgeschlossenem Hochschulstudium werden zu diesem Auswahlverfahren nicht zugelassen.

matische Schwierigkeiten aufweist; Reinschrift und Anordnung dieses Textes in 20 Minuten;

- d) Abschrift eines einfachen handgeschriebenen Textes in einer zweiten Amtssprache der Gemeinschaften nach Wahl des Bewerbers; Reinschrift in 10 Minuten;—

B. FÜR BÜROSEKRETÄRINNEN:

- e) Aufnahme eines handschriftlichen (oder maschinenschriftlichen) Stenogramms in italienischer Sprache; Diktatdauer 3 Minuten, durchschnittliche Geschwindigkeit 80 Wörter oder 150 Silben pro Minute; Reinschrift in 20 Minuten;
- f) Abfassung eines kurzen Textes in italienischer Sprache über ein einfaches Thema an Hand von Angaben innerhalb einer bestimmten Zeitspanne.

2. Wahlfächer:

A. FÜR BÜROSEKRETÄRINNEN UND SCHREIBKRÄFTE:

Handschriftliche Aufnahme eines Diktats von rund 15 Zeilen in einer oder mehreren der folgenden Sprachen: Dänisch, Deutsch, Englisch, Französisch, Niederländisch sowie Übertragung dieses Diktats in Maschinschrift innerhalb 10 Minuten.

Bei den Wahlfächern gelten die Prüfungen in den einzelnen Sprachen als gesonderte Prüfungen.

B. FÜR SCHREIBKRÄFTE:

Abfassung eines kurzen Textes in italienischer Sprache über ein einfaches Thema an Hand von Angaben innerhalb einer bestimmten Zeitspanne.

WICHTIGER HINWEIS:

Die Bewerber haben in ihrem Bewerbungsschreiben anzugeben:

- *die Sprache*, die sie für das Pflichtfach gemäß Ziffer 1 A d) als zweite Amtssprache der Gemeinschaften *ausgewählt haben*. Es kann nur eine Sprache gewählt werden;
- *die Sprache oder Sprachen*, die sie für die Wahlfächer gemäß der obigen Ziffer 2 A *ausgewählt haben*. Es können eine oder mehrere Sprachen gewählt werden, und zwar einschließlich derjenigen,

die für die Pflichtprüfung gemäß Ziffer 1 A d) angegeben wurde.

VI. BEWERTUNG DER PRÜFUNGSFÄCHER:

1. Pflichtfächer:

Die Pflichtfächer werden mit 0 bis 20 Punkten bewertet.

2. Wahlfächer:

Die Wahlfächer werden mit 0 bis 5 Punkten bewertet.

Bei der Gesamtbewertung wird nur der über 3 hinausgehende Teil der in jedem Wahlfach erzielten Punktzahl berücksichtigt.

VII. AUFSTELLUNG DES VERZEICHNISSSES DER GEEIGNETEN BEWERBER:

- a) In das Verzeichnis der als Bürosekretärinnen geeigneten Bewerber werden lediglich Bewerber aufgenommen, die 60 % der in den Pflichtfächern (Ziffer V 1/A und B) zu erzielenden Gesamtpunkte und mindestens 10 in den Prüfungen 1 A a), b) und c) sowie 1 B e) erhalten haben;

- b) in das Verzeichnis der als Schreibkräfte geeigneten Bewerber werden lediglich Bewerber aufgenommen,

— die zwar die Prüfung in Stenografie (Ziffer V 1 B) nicht bestanden haben, jedoch 60 % der in den Pflichtfächern unter Ziffer V 1 A zu erzielenden Gesamtpunkte und mindestens 10 Punkte in den Prüfungen unter 1 A a), b) und c) erhielten;

— die 60 % der in den Pflichtfächern unter Ziffer V 1 A zu erzielenden Gesamtpunkte und mindestens 10 Punkte in den Prüfungen unter Ziffer 1 A a), b) und c) erhalten haben.

VIII. EINREICHUNG DER BEWERBUNGEN:

Die Personen, die an diesem Auswahlverfahren teilzunehmen wünschen, werden gebeten, den Bewerbungsbogen auszufüllen und zu unterzeichnen, der dieser Ausgabe des *Amtsblatts der Europäischen Gemeinschaften* beigelegt ist, und diesen per Einschreiben bis spätestens 17. November 1975 an das Europäische Parlament, Postfach 1601, Luxemburg, zu senden.

Siehe auch die dieser Stellenausschreibung vorausgehende Mitteilung.

ÖFFENTLICHE BAUAUFTRÄGE

(Veröffentlichung der Bekanntmachungen von öffentlichen Bauaufträgen und Konzessionen für öffentliche Bauarbeiten gemäß der Richtlinie des Rates Nr. 71/305/EWG vom 26. Juli 1971, ergänzt durch die Richtlinie des Rates Nr. 72/277/EWG vom 26. Juli 1972)

BEKANNTMACHUNGSMUSTER FÜR AUFTRÄGE**A. Offene Verfahren**

1. Name und Anschrift der Vergabestelle (Artikel 16 Buchstabe e) ⁽¹⁾:
2. Verfahrensart (Artikel 16 Buchstabe b):
3. a) Ausführungsort (Artikel 16 Buchstabe c):
 - b) Art und Umfang der zu erbringenden Leistungen sowie wesentliche Merkmale der Arbeiten (Artikel 16 Buchstabe c):
 - c) Besteht der Auftrag aus mehreren Losen: Größenordnung der einzelnen Lose und Möglichkeiten, ein Angebot für ein Los, mehrere Lose oder sämtliche Lose einzureichen (Artikel 16 Buchstabe c):
 - d) Angaben über den Gegenstand des Auftrags, wenn dieser auch die Anfertigung von Entwürfen vorsieht (Artikel 16 Buchstabe c):
4. Etwa vorgeschriebene Ausführungsfrist (Artikel 16 Buchstabe d):
5. a) Name und Anschrift der Stelle, bei der die Verdingungsunterlagen und zusätzliche Unterlagen angefordert werden können (Artikel 16 Buchstabe f):
 - b) Tag, bis zu dem die vorgenannten Unterlagen angefordert werden können (Artikel 16 Buchstabe f):
 - c) (gegebenenfalls) Betrag und Bedingungen für die Zahlung dieses Betrages, der zu entrichten ist, um die genannten Unterlagen zu erhalten (Artikel 16 Buchstabe f):
6. a) Tag, bis zu dem die Angebote eingehen müssen (Artikel 16 Buchstabe g):
 - b) Anschrift der Stelle, bei der sie einzureichen sind (Artikel 16 Buchstabe g):
 - c) Sprache bzw. Sprachen, in denen sie abzufassen sind (Artikel 16 Buchstabe g):
7. a) Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen (Artikel 16 Buchstabe h):
 - b) Tag, Stunde und Ort der Öffnung (Artikel 16 Buchstabe h):
8. (gegebenenfalls) Geforderte Kautionen und Sicherheiten (Artikel 16 Buchstabe i):
9. Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Hinweise auf die Vorschriften, in denen sie enthalten sind (Artikel 16 Buchstabe j):
10. (gegebenenfalls) Rechtsform, die der Unternehmenszusammenschluß haben muß, dem der Auftrag erteilt worden ist (Artikel 16 Buchstabe k):
11. Wirtschaftliche und technische Mindestbedingungen, die vom Unternehmer zu erfüllen sind (Artikel 16 Buchstabe l):
12. Frist, während der die Bieter an ihre Angebote gebunden sind (Artikel 16 Buchstabe m):
13. Kriterien, die bei der Auftragserteilung angewandt werden. Andere Kriterien als der niedrigste Preis werden angegeben, falls sie nicht in den Verdingungsunterlagen genannt werden (Artikel 29):
14. Andere Auskünfte:
15. Tag der Absendung der Bekanntmachung (Artikel 16 Buchstabe a):

⁽¹⁾ Die in Klammern stehenden Artikel verweisen auf die Richtlinie des Rates Nr. 71/305/EWG vom 26. Juli 1971 (ABl. Nr. L 185 vom 16. 8. 1971, S. 5).

B. Nicht offene Verfahren

1. Name und Anschrift der Vergabestelle (Artikel 17 Buchstabe a) ⁽¹⁾:
2. Verfahrensart (Artikel 17 Buchstabe a):
3. a) Ausführungsort (Artikel 17 Buchstabe a):
b) Art und Umfang der zu erbringenden Leistungen sowie wesentliche Merkmale der Arbeiten (Artikel 17 Buchstabe a):
c) Besteht der Auftrag aus mehreren Losen: Größenordnung der einzelnen Lose und Möglichkeiten, ein Angebot für ein Los, mehrere Lose oder für sämtliche Lose einzureichen (Artikel 17 Buchstabe a):
d) Angaben über den Gegenstand des Auftrags, wenn dieser auch die Anfertigung von Entwürfen vorsieht (Artikel 17 Buchstabe a):
4. Etwa vorgeschriebene Ausführungsfrist (Artikel 17 Buchstabe a):
5. (gegebenenfalls) Rechtsform, die der Unternehmenszusammenschluß haben muß, dem der Auftrag erteilt worden ist (Artikel 17 Buchstabe a):
6. a) Tag, bis zu dem die Anträge auf Teilnahme eingehen müssen (Artikel 17 Buchstabe b):
b) Anschrift der Stelle, bei der sie einzureichen sind (Artikel 17 Buchstabe b):
c) Sprache bzw. Sprachen, in denen sie abzufassen sind (Artikel 17 Buchstabe b):
7. Tag, bis zu dem die Aufforderung zur Angebotsabgabe abgesandt wird (Artikel 17 Buchstabe c):
8. Auskünfte über die Lage des Unternehmens sowie wirtschaftliche und technische Mindestbedingungen, die vom Unternehmer zu erfüllen sind (Artikel 17 Buchstabe d):
9. Kriterien, die bei der Auftragserteilung angewandt werden, wenn sie in der Aufforderung zur Angebotsabgabe nicht genannt werden (Artikel 18 Buchstabe d):
10. Andere Auskünfte:
11. Tag der Absendung der Bekanntmachung (Artikel 17 Buchstabe a):

⁽¹⁾ Die in Klammern stehenden Artikel verweisen auf die Richtlinie des Rates Nr. 71/305/EWG vom 26. Juli 1971 (ABl. Nr. L 185 vom 16. 8. 1971, S. 5).

Offenes Verfahren

1. Forces Armées — Service de l'État-Major Général — Service Général des Constructions — Service des Travaux, Boulevard Général Jacques, 294 — B 1040 Brüssel.
Krijgsmacht — Dienst van de Generale Staf — Algemene Dienst der Bouwwerken, Dienst der Werken, Generaal Jacqueslaan, 294 — B 1040 Brüssel.
2. Öffentliche Ausschreibung.
3. a) Militärisches Gelände in Neder-over-Heembeek.
b) Einbau einer Heizungs-, Belüftungs-, Klimaanlage und einer zentralen Reinigungsinstallation für das neue Militärkrankenhaus, dessen Rohbau z. Z. ausgeführt wird. Beheizte und belüftete Oberfläche: etwa 103 000 m².
c)
d)
4. 430 Arbeitstage (mit getrennten Übergabeterminen für jeden Block).
5. a) SEMICO, Pierre Gasséestraat 7-15, B 1020 Brüssel.
b) Ab 6. Oktober 1975.
c) Verdingungsunterlagen Nr. CMMC N.O.H. 2/1975 und Pläne; 68 784 bfrs (einschließlich Mehrwertsteuer, ausschließlich Versandkosten), in bar oder durch Überweisung auf Postscheckkonto Nr. 000-004 23 43-51 von SEMICO zu entrichten.
6. a) 18. November 1975, bis 11 Uhr.
b) L'Officier du Service des travaux du Service Général des Constructions (chantier HMM), rue Bruyn, B 1120 Brüssel.
Officier van de dienst werken an de Algemene Dienst Mil. Bouwwerken (werk HMM) Bruynstraat, B 1120 Brüssel.
- c) Niederländisch oder Französisch (Verwendung der den Verdingungsunterlagen beigefügten Formulare ist zwingend vorgeschrieben).
7. a) Nicht öffentlich.
b) 18. November 1975, 11 Uhr, Anschrift wie unter Ziffer 6 b).
8. Sicherheit: 5 % der Verdingungssumme, ausschließlich Mehrwertsteuer + Banksicherheit: 25 000 000 bfrs, die vom Auftragnehmer zu hinterlegen sind.
9. Monatliche Abschlagszahlungen nach Maßgabe des Baufortschritts.
- 10.
11. Zulassung: Unter-Kategorie D 17 und D 18 — Klasse 7 (veranschlagte Gesamtkosten 150 000 000 bfrs für D 17 und 150 000 000 bfrs für D 18).
12. 120 Kalendertage.
13. Zuschlagskriterien:
 - Verdingungssumme
 - technische Qualität der Ausrüstung
 - technische Qualität des Angebots
14. Da während der Angebotsfrist Berichtigungen vorgenommen werden können, sind die Bieter aus Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft gebeten, spätestens 10 Tage vor Öffnung der Angebote bei der unter Ziffer 1 genannten Dienststelle die Mitteilung etwa eingetretener Änderungen zu beantragen.
15. 24. September 1975.

Offenes Verfahren

1. Bundesrepublik Deutschland, Straßenbauverwaltung Hessen, Autobahnamt Frankfurt/M., D 6000 Frankfurt/Main, Münchener Straße 4-6.
2. Öffentliche Ausschreibung nach der Verdingungsordnung für Bauleistungen — Teil A (Gesamtausgabe 1973).
3. a) Bundesautobahn — BAB A 5 — zwischen Frankfurt/M. und Darmstadt.
b) 5streifiger Um- und Ausbau der BAB A 5 zwischen dem Frankfurter und Darmstädter Kreuz;
hier: Ausführung der Erd-, Entwässerungs-, Unterbau- und Fahrbahndeckenarbeiten für den 5streifigen Ausbau der BAB zwischen km 503,6 und km 511,8 — Westseite — (Baumaßnahme 1-75 D).
Umfang der Arbeiten:
ca. 30 000 m² Baufeldräumung
ca. 6 000 m³ Mutterbodenabtrag
ca. 30 000 m² Mutterbodenandienung
ca. 2 000 m³ Bodenabtrag, Bd-kl. 3 und Wiedereinbau
ca. 20 000 m³ Schüttmassenanlieferung und Einbau
ca. 70 000 m² Zementverfestigung, 15 cm dick
ca. 155 000 m² Betonfahrbahn, 22 cm dick
ca. 9 500 m² Asphaltfahrbahn der Nebenspuren
ca. 160 000 m² Asphaltausgleichsschicht, 3 cm dick
ca. 7 000 t Asphalttragschicht (Type C)
c) Auftragserteilung im Ganzen.
d)
4. Beginn der Arbeiten: 16. Februar 1976.
Bauzeit: 213 Werktage einschl. Samstag.
5. a) Außenstelle Darmstadt des Autobahnamtes Frankfurt/M., D 6103 Griesheim, Wilh.-Leuschner-Straße 299d (Tel. 06151/8 61 88/9).
d) Schriftliche Anforderung mit beigefügtem Einzahlungsbeleg bis 17. Oktober 1975.
c) Schutzgebühr: 50 DM.
Einzahlungen sind mit dem Vermerk „Ausschreibungsunterlagen für den Um- und Ausbau der BAB A 5, Bau-
- maßnahme 1-75 D“ auf das Postscheckkonto Frankfurt/M. 6821 der Staatskasse Frankfurt/M. zu leisten. Eine Rückerstattung dieses Betrages ist unabhängig von der Teilnahme am Wettbewerb oder der Nichtberücksichtigung bei der Wertung des Angebotes ausgeschlossen.
6. a) 25. November 1975, 10 Uhr.
b) Autobahnamt Frankfurt/M., D 6000 Frankfurt/Main, Eingang Gallus-Anlage 2, II. Stock — Zimmer 212.
c) Deutsch.
7. a) Bieter und ihre Bevollmächtigten.
b) Wie unter Ziffer 6 a) und b).
8. Für die vertragsmäßige Durchführung:
Sicherheit von 5 % der bei der Zuschlagserteilung zugrundegelegten Auftragssumme.
Für die Erfüllung der Gewährleistung; wie vor, jedoch von der Abrechnungssumme.
Es werden nur Bürgschaften eines in der Bundesrepublik Deutschland zugelassenen Kreditinstitutes angenommen.
9. Abschlags- und Schlußzahlungen nach der Verdingungsordnung für Bauleistungen — Teil B (VOB/B Gesamtausgabe 1973).
- 10.
11. Forderung auf Nachweis ausreichender wirtschaftlicher, maschineller und personeller Leistungsfähigkeit für fach- und termingerechte Ausführung.
12. 10 Wochen nach Submission.
13. Zuschlag nach § 25 VOB/A auf das Angebot, das unter Berücksichtigung aller technischer und wirtschaftlicher Gesichtspunkte als das annehmbarste erscheint.
- 14.
15. 24. September 1975.

Offenes Verfahren

1. Wasser- und Schiffsamt Mannheim, D 68 Mannheim, C 8, 3, Postfach 34, Fernsprecher: (06 21) 2 58 21 — 24, Telex: 04 63 249.
2. Öffentliche Ausschreibung nach der Verdingungsordnung für Bauleistungen — Teil A (VOB/A).
3. a) Rheinregulierung zwischen Rheinhausen—Speyer—Ketsch im Stromabschnitt Rhein-km 395,5—404,8 — 1. Bauabschnitt.
b) ca. 145 000 m³ Herstellen von Uferabflachungen mit Wasserbausteinen und sonstige Nebenarbeiten.
c) Der Bauauftrag wird in 3 Lose unterteilt:
Los A rd. 82 000 m³ Bauwerksinhalt
Los B rd. 33 000 m³ Bauwerksinhalt
Los C rd. 30 000 m³ Bauwerksinhalt
Der Bieter hat die Möglichkeit für eines oder mehrere Lose ein Angebot einzureichen.
d)
4. 18 Monate nach Auftragserteilung.
5. a) Siehe Ziffer 1.
b) 5. November 1975.
c) Kosten von 50 DM, ausländische Bewerber 56 DM (erhöhte Versandkosten) sind an die Bundeskasse in Frankfurt/M., Postscheckkonto Ffm 8971-608 mit dem Vermerk „WB 1203 — 749 01“ einzuzahlen.
6. a) 18. November 1975, 11 Uhr.
b) Siehe Ziffer 1.
c) Deutsch.
7. a) Bieter und ihre Bevollmächtigten.
b) 18. November 1975, 11 Uhr, Anschrift siehe Ziffer 1, Sitzungssaal.
8. Bei Auftragserteilung werden innerhalb eines Zeitraumes von 4 Wochen 5 % der Auftragssumme als Sicherheit verlangt. Es werden nur Bürgschaften eines in der Bundesrepublik Deutschland zugelassenen Kreditversicherers oder Kreditinstituts angenommen.
9. Abschlags- und Schlußzahlungen nach den „Zusätzlichen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Bauleistungen an Bundeswasserstraßen“ in den Verdingungsunterlagen.
- 10.
11. Der Bewerber soll Arbeiten, die mit den zu vergebenden Leistungen vergleichbar sind, nach Umfang und Ausführungszeit bereits durchgeführt haben. Außerdem muß ihm die technische Ausrüstung für die Ausführung der Leistungen zur Verfügung stehen.
12. 9. Januar 1976.
13. Teilnahme an einer der Ortsbesichtigungen am 29. Oktober und 5. Dezember 1975 erwünscht.
Der Zuschlag wird nach § 25 VOB/A auf das Angebot erteilt, das unter Berücksichtigung aller technischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkte als das annehmbarste erscheint. Weitere Zuschlagskriterien sind in den Verdingungsunterlagen aufgeführt.
- 14.
15. 24. September 1975.

Generalsekretariat
Personalabteilung

Centre Européen
Plateau du Kirchberg
Luxemburg

Auswahlverfahren EP/

(vom Bewerber auszufüllen)

BEWERBUNGSFRAGEBOGEN

Jede Frage ist zu beantworten. Gegebenenfalls ist „Entfällt“ einzusetzen. Keine Spalten frei lassen und keine Striche (—) setzen. Mit Schreibmaschine oder in Druckbuchstaben mit SCHWARZER Tinte ausfüllen.

1. Familienname: Rufname: Weitere Vornamen: Gegebenenfalls Mädchenname:
.....
.....

2. Anschrift: Telefon-Nr.:
.....

3. Ständiger Aufenthaltsort:
.....

4. Geburtsort: Geburtsdatum: Staatsangehörigkeit bei der Geburt:
.....

Derzeitige Staatsangehörigkeit (bei Besitz von zwei Staatsangehörigkeiten sind beide anzugeben):
.....

5. Geschlecht (bitte zutreffendes Quadrat ankreuzen): 6. Familienstand (bitte zutreffendes Quadrat ankreuzen):
MÄNNLICH WEIBLICH LEDIG VERHEIRATET VERWITWET GESCHIEDEN GETRENNT LEBEND

7. Haben Sie unterhaltsberechtigten Personen zu versorgen? JA NEIN
Wenn ja, sind folgende Angaben zu machen:

Name	Alter	Verwandschaftsgrad	Name	Alter	Verwandschaftsgrad
.....
.....
.....
.....

8. Militärverhältnis (Dienstgrad):

9. Anschrift und Beruf der Eltern:

10. Berufstätigkeit des Ehegatten:

Paßbild
(aus letzter Zeit)
Maximale Größe
5×5 cm

(Mit Schreibmaschine oder in Druckbuchstaben mit **SCHWARZER** Tinte ausfüllen)

11. Sind mit Ihnen verwandte oder verschwägerte Personen bei den Europäischen Gemeinschaften beschäftigt?

JA NEIN

Wenn ja, sind Name, Vorname, Verwandtschaftsgrad und bekleidete Stellung anzugeben:

12. Ausbildungsgang (genaue und vollständige Angaben)

(A) Hochschulen (Hochschulstudium oder gleichwertige Ausbildung):

Name und Ort der Lehranstalt	Studienjahre		Erlangte Diplome und akademische Titel	Hauptfächer
	von	bis		

(B) Ausbildung nach dem 12. Lebensjahr (in der Spalte „Fachrichtung“ ist anzugeben z. B.: Höhere Schule, Mittelschule, Realschule, Aufbauschule usw.; Lehrlingsausbildung oder gleichwertige Ausbildung):

Name und Ort der Lehranstalt	Fachrichtung	Schul- bzw. Ausbildungsjahre		Erlangte Zeugnisse und Diplome
		von	bis	

13. Veröffentlichung größerer Arbeiten (vor allem sind Arbeiten anzugeben, die sich auf die gewünschte Tätigkeit beziehen; notfalls ist ein Blatt einzufügen):

14. Sprachkenntnisse

	Muttersprache	LESEN			SCHREIBEN			SPRECHEN		
		Sehr gut	Gut	Ausreichend	Sehr gut	Gut	Ausreichend	Sehr gut	Gut	Ausreichend
Dänisch										
Deutsch										
Englisch										
Französisch										
Italienisch										
Niederländisch										
Andere Sprachen										

Pflichtprüfung: / Wahlfach (Wahlfächer):

15. Kenntnisse in Kurzschrift und im Maschinenschreiben (Angabe der Schnelligkeit pro Minute; präzisieren, ob es sich um Wörter, Silben oder Anschläge handelt):

	Dänisch	Deutsch	Englisch	Französisch	Italienisch	Niederländisch
Maschinenschreiben						
Kurzschrift						
Stenotypie						

Art der gewöhnlich benutzten Schreibmaschine: mechanisch - elektrisch (nur zur Information) (!)

Art der Tastatur: QWERTZ - AZERTY - QWERTY - QZERTY (!)

(!) Zutreffendes unterstreichen.

(Mit Schreibmaschine oder in Druckbuchstaben mit SCHWARZER Tinte ausfüllen)

16. **BISHERIGE TÄTIGKEIT:** Beginnend mit Ihrer derzeitigen Stelle, sind in umgekehrter zeitlicher Reihenfolge sämtliche Stellen anzugeben, die Sie in den letzten 10 Jahren innegehabt haben; ferner sämtliche anderweitig erworbenen Erfahrungen, die Ihres Erachtens für die Beurteilung der betreffenden Tätigkeit wichtig sind. Jede Stelle ist im folgenden besonders aufzuführen. Erforderlichenfalls sind zusätzliche Blätter zu verwenden.

1 DERZEITIGE ODER LETZTE STELLE			
DAUER		NETTOJAHRESGEHALT	
VON	BIS	ANFANGSGEHALT	LETZTES GEHALT
GENAUE BERUFSBEZEICHNUNG:			
NAME DES ARBEITGEBERS:			
VOLLSTÄNDIGE ANSCHRIFT DES ARBEITGEBERS:			
BESCHREIBUNG DER TÄTIGKEIT(!):			
.....			
.....			
.....			
.....			
.....			
.....			
.....			
KÜNDIGUNGSFRIST:			
Können wir bereits bei Ihrem jetzigen Arbeitgeber Referenzen einholen? <input type="checkbox"/> JA <input type="checkbox"/> NEIN			
KÜNDIGUNGSGRÜNDE:			
.....			
3 DAUER		NETTOJAHRESGEHALT	
VON	BIS	ANFANGSGEHALT	LETZTES GEHALT
GENAUE BERUFSBEZEICHNUNG:			
NAME DES ARBEITGEBERS:			
VOLLSTÄNDIGE ANSCHRIFT DES ARBEITGEBERS:			
BESCHREIBUNG DER TÄTIGKEIT(!):			
.....			
.....			
.....			
.....			
.....			
KÜNDIGUNGSGRÜNDE:			
.....			

2			
DAUER		NETTOJAHRESGEHALT	
VON	BIS	ANFANGSGEHALT	LETZTES GEHALT
GENAUE BERUFSBEZEICHNUNG:			
NAME DES ARBEITGEBERS:			
VOLLSTÄNDIGE ANSCHRIFT DES ARBEITGEBERS:			
BESCHREIBUNG DER TÄTIGKEIT(!):			
.....			
.....			
.....			
.....			
.....			
.....			
.....			
KÜNDIGUNGSFRIST:			
Können wir bereits bei Ihrem jetzigen Arbeitgeber Referenzen einholen? <input type="checkbox"/> JA <input type="checkbox"/> NEIN			
KÜNDIGUNGSGRÜNDE:			
.....			
4 DAUER		NETTOJAHRESGEHALT	
VON	BIS	ANFANGSGEHALT	LETZTES GEHALT
GENAUE BERUFSBEZEICHNUNG:			
NAME DES ARBEITGEBERS:			
VOLLSTÄNDIGE ANSCHRIFT DES ARBEITGEBERS:			
BESCHREIBUNG DER TÄTIGKEIT(!):			
.....			
.....			
.....			
.....			
.....			
KÜNDIGUNGSGRÜNDE:			
.....			

(!) Angabe des Ortes, an dem Sie arbeiten (oder gearbeitet haben), falls dieser nicht der Sitz des oben angegebenen Unternehmens ist.

(Mit Schreibmaschine oder in Druckbuchstaben mit SCHWARZER Tinte ausfüllen)

17. Art der gewünschten Tätigkeit:
18. Längere Auslandsaufenthalte (Dauer, besuchte Länder, Zweck des Aufenthalts):
19. Haben Sie schon an Stellenausschreibungen der Europäischen Gemeinschaften teilgenommen? JA NEIN
20. Orden und Titel:
21. Soziale und sportliche Tätigkeit:
22. Fähigkeiten oder besondere Neigungen:
23. Referenzen: Angabe des Namens und der Anschrift von drei Personen, die mit Ihnen weder verwandt noch verschwägert sind und die über Ihre Person und Ihre Fähigkeiten Auskunft erteilen können.

VOLLSTÄNDIGER NAME	VOLLSTÄNDIGE ANSCHRIFT (Telefon-Nr., soweit bekannt)	BERUF bzw. TÄTIGKEIT (genau angeben)
.....
.....
.....
.....

24. Auf welchem Wege haben Sie von der Stellenausschreibung Kenntnis erhalten?
- durch die Presse (!):
- durch das Amtsblatt:
- auf andere Weise:
25. Vorstrafen und Disziplinarstrafen:

Ich, der (die) Unterzeichnete, erkläre ehrenwörtlich, daß ich die obigen Angaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht habe und daß sie vollständig sind.

Ich erkläre ehrenwörtlich, daß ich die folgenden Bedingungen erfülle:

1. Ich besitze die bürgerlichen Ehrenrechte.
2. Ich bin meinen Verpflichtungen aus den für mich geltenden Wehrgesetzen nachgekommen.

Ich verpflichte mich, die die vorstehenden Angaben betreffenden Personenstandsurkunden, Diplome, Zeugnisse oder sonstigen Dokumente auf Verlangen vorzulegen.

Ich bin mir bewußt, daß meine Bewerbung für ungültig erklärt werden kann, wenn sie, auch ohne daß dies in meiner Absicht lag, eine falsche oder unvollständige Angabe enthält.

Ich bin bereit, mich vor der Einstellung der vorgeschriebenen ärztlichen Untersuchung zu unterziehen.

.....
(Datum)

.....
(Unterschrift)

(!) Bitte die Zeitung angeben.

Offenes Verfahren

1. Zentrale Planungsstelle zur Rationalisierung von Landesbauten NW — D 41 Duisburg, Lotharstraße 53.
2. Öffentliche Ausschreibung.
3. a) Wuppertal.
 - b) Gesamthochschule, allgemeiner Ausbau (nichttragende Decken-Wände-Böden),
nichttragende Decken:
Bandrasterdecken; glatte, großflächige Decken; Paneeldecken Rabitzdecken, Rasterdecken (Wabendecken); Anstrich bauseitig vorhandener Decken- und Treppenuntersichten;
nichttragende Wände:
zerstörbare und demontable Innenwände, bewegliche Innenwände, WC- und Duschtrennwände, Innentüren, Innenfenster, Wandbelag, Brüstungen und Geländer;
nichttragende Böden:
Kunststoffbeläge, Textilbeläge, Kunststeinbeläge, keramische Beläge, Parkett-Bodenbeläge einschließlich Unterkonstruktion und erforderliche Wärmedämmung.
 - c) Das Los 01 umfaßt Ingenieur-, Geistes-, Gesellschafts- und Naturwissenschaften, 2 zentrale Hörsäle und Hallenbereiche, besteht aus 11 Gebäuden mit 1-10 Geschossen und 55 000 qm Bruttogeschosßfläche.
Das Los 02 umfaßt Naturwissenschaften, Bibliothek und einen zentralen Hörsaal, besteht aus 6 Gebäuden mit 3-10 Geschossen und 41 500 qm Bruttogeschosßfläche.
Das Los 03 umfaßt die Mensa, bestehend aus einem Gebäude mit 6 Geschossen und 11 500 qm Bruttogeschosßfläche.
 - d)
4. Ca. April 1976 — Februar 1977.
5. a) Zentrale Planungsstelle zur Rationalisierung von Landesbauten NW, — Bauleitung Gesamthochschule Duisburg —, 41 Duisburg 1, Lotharstraße 53 (ZPL Duisburg) unter Angabe der gewünschten Losnummern.
 - b) 17. Oktober 1975.
 - c) Die Unkostenvergütung beträgt:
Für ein Los 140 DM.
Für zwei Lose 220 DM.
Für drei Lose 300 DM.
Der Betrag ist auf das Konto der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen bei der Stadtsparkasse Aachen, Konto-Nr. 18, mit dem Vermerk „Öf-
- fentliche Ausschreibung; Kapitel 1208, Titel 119.2“ Ausbau Wuppertal, einzuzahlen.
Der quittierte Einzahlungsbeleg ist der Bewerbung beizufügen. Ohne diesen Beleg kann eine Versendung der Unterlagen nicht erfolgen. Der Betrag wird in keinem Falle erstattet.
6. a) 9. Dezember 1975, 11 Uhr.
b) ZPL Duisburg.
c) Deutsch.
7. a) Bieter und ihre Bevollmächtigten.
b) 9. Dezember 1975, 11 Uhr, ZPL Duisburg.
- 8.
9. Zahlungen nach § 16 der Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Bauleistungen — VOB/B.
- 10.
11. Nachweise
 - Objekte vergleichbarer Größenordnung und der entsprechende Umsatz in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren.
 - Zahl der jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren.
 - Für die zu vergebende Leistung zur Verfügung stehende technische Ausrüstung.
 - Die ZPL behält sich vor, Bieter, die den Bedingungen nicht entsprechen, auszuschneiden.
 - Die gewünschten Losnummern sind in der Bewerbung anzugeben.
 - Es können sich nur Firmen bewerben, die wesentliche Teile der Arbeiten selbst ausführen.
12. 16. März 1976.
13. Der Zuschlag wird nach § 25 VOB/A auf das Angebot erteilt, das unter Berücksichtigung aller technischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten als das annehmbarste erscheint.
- 14.
15. 24. September 1975.

Nicht offenes Verfahren

1. Service de la Navigation de Nancy, 28, boulevard Albert 1^{er}, Case officielle Nr. 102, F 54037 Nancy-Cedex.
2. — Beschränkte Ausschreibung auf der Grundlage des Verwaltungsentwurfs unter Zulassung von Varianten.
 - Generalunternehmerauftrag mit zuvor zugelassenen Nachunternehmern (für die Lose Metallarbeiten und Schleusenbedienungsanlagen).
 - Konsultation im kombinierten Verfahren ohne zusätzliche Hinzuziehung von Fachunternehmen (franz. Ministerialerlaß vom 28. Oktober 1970, § 8).
3. a) Gemeinde Toul (département Meurthe-et-Moselle).
 - b) Kanalisierung der Mosel. Abschnitt Frouard-Toul.
Umleitung mit großem Schiffsprofil über 1,7 km, davon 1 km zum Teil über den in Betrieb stehenden Freycinet-Kanal mit Flußdam. Anschlußkanal mit Schiffsprofil des Freycinet-Kanals, 300 m lang mit Schleuse (40 m × 6 m × 4,30 m) einschließlich sämtlicher Anlagen.
550 000 m³ Aushub
200 000 m³ Aufschüttung
16 000 m² Fahrbahndecke.
 - c)
 - d)
4. Maximal 24 Monate.
Teilfrist 12 Monate für Fertigstellung der Schleuse, unterwasserseitige Fahrrinne und vorläufige oberwasserseitige Fahrrinne.
5. Arbeitsgemeinschaft aus gesamtschuldnerisch haftenden Einzelunternehmen mit einem gemeinsamen bevollmächtigten Vertreter.
Zuvor zugelassenen Nachunternehmer (Metallarbeiten und Schleusenanlagen).
6. a) 31. Oktober 1975.
b) Siehe Ziffer 1.
c) Französisch.
7. 15. Dezember 1975.
8. Firmenbezeichnung, Staatsangehörigkeit, allgemeine Referenzen, Zugehörigkeit zu einer Finanzgruppe, Referenzen über Erdarbeiten, technische Ausrüstung in Frankreich und außerhalb Frankreichs.
9. Preis der Leistungen, technischer Wert der vorgeschlagenen Varianten, vom Bewerber vorgelegte Referenzen und ihm zur Verfügung stehende technische Ausrüstung, eventuelle Verkürzung der Ausführungsfrist.
- 10.
11. 24. September 1975.

Nicht offenes Verfahren

1. Cornwall County Council, County Hall, Truro, Cornwall, TR1 3BE, Vereinigtes Königreich.
2. Beschränkte Ausschreibung mit Leistungswettbewerb.
3. a) A 38, Hauptverkehrsstraße zwischen Saltash und Liskeard und etwa 3 km südöstlich von Liskeard, Cornwall, England.
 b) Bau von etwa 2 km doppelspuriger Fahrbahn mit Schwarz- oder Betondecken, 7,3 m breit mit 1 m breiten befestigten Spurstreifen, sowie Änderungsarbeiten an damit verbundenen Nebenstraßen, Bau einer Brücke von 9,5 m Spannweite (15,85 Meter schiefe Öffnung) und 15 m über der Haupteisenbahnlinie. Aushub von etwa 145 000 m³ Erdreich (hauptsächlich in Felsen), von denen 95 000 m³ in Dämmen aufzuschütten sind, Abzugkanalarbeiten, Oberflächenentwässerung, Errichtung von Mauern aus Cornwall-Naturstein und Änderungsarbeiten an der „Statutory Undertakers“-Anlage und den Geräten (hauptsächlich denen der Post). Veranschlagte Gesamtkosten zwischen 0,75 und 1,25 Millionen Pfund Sterling.
 c)
 d)
4. 18 Monate, gerechnet vom Baubeginn an, der von dem für den Vertrag zuständigen Ingenieur bekanntgegeben wird.
5. Reicht eine Bietergemeinschaft ein annehmbares Angebot ein, so muß sich jedes Einzelunternehmen schriftlich verpflichten, die gesamtschuldnerische Haftung für die ordnungsgemäße Ausführung des Auftrags zu übernehmen.
6. a) 30. Oktober 1975.
 b) The Department of the Environment, CON(H)4 Room S3/02, 2 Marsham Street, London SW1P 3EB, England.
 c) Englisch.
7. Mitte November 1975.
8. Folgende Angaben über Unternehmensform sowie die zu erfüllenden wirtschaftlichen und technischen Mindestbedingungen sind einzureichen:
 - Nachweis der Eintragung des Unternehmens in einem Berufsregister oder im Companies Register im Vereinigten Königreich oder in Irland.
 - Bilanzen/Jahresabrechnungen der letzten drei Jahre einschließlich einer Erklärung über den Bauumsatz und die anteiligen Tiefbauarbeiten.
 - Erklärung über die fachliche Leistungsfähigkeit des leitenden und aufsichtsführenden Personals, das für die Ausführung des Auftrags verantwortlich wäre sowie über bisherige Bauerfahrung im Vereinigten Königreich.
 - Aufstellung der in den letzten fünf Jahren erbrachten Bauleistungen über 1 Million RE mit Angabe des Auftragswerts, Ausführungsorts und Auftraggebers.
 - Nähere Angaben über die für die Ausführung des Auftrags zur Verfügung stehenden Maschinen und Geräte.
 - Angaben darüber, ob der Auftragnehmer beabsichtigt, Stammpersonal oder an Ort und Stelle angeworbene Arbeitskräfte einzusetzen.
9. Einzelheiten zu den Vergabekriterien sind der Aufforderung zur Angebotsabgabe zu entnehmen.
10. Maßgebend für den Vertrag sind die für Tiefbauarbeiten geltenden Vertragsbedingungen der „Institution of Civil Engineers“ (5. Auflage) in der vom Umweltschutzamt (Department of the Environment) für Straßenbauaufträge geänderten Fassung, die technische Beschreibung für Straßen- und Brückenarbeiten, Zeichnungen und Leistungsverzeichnisse. Gleitklauseln für Löhne und Stoffpreise sind zugelassen. Monatliche Abschlagszahlungen nach Maßgabe der ausgeführten Arbeiten und des an die Baustelle gelieferten Materials.
11. 19. September 1975.

Nicht offenes Verfahren

1. Shrewsbury and Atcham Borough Council, Guildhall, Dogpole, Shrewsbury, Shropshire, Vereinigtes Königreich.
2. Beschränkte Ausschreibung mit Leistungswettbewerb. Anwendung besonderer Vergabekriterien auf Angebote ausgewählter Bieter.
3. a) Gelände in Harlescott Grange, Little Harlescott Lane, Shrewsbury, Shropshire, England.
b) Entwurf und Bau von 39 Alten-Bungalows, 2 Hausmeister-Einfamilienhäusern (je 3 Schlafzimmer für 5 Personen), 1 Versammlungsraum, 12 Bungalows (je 2 Schlafzimmer für 4 Personen), 26 Einfamilienhäusern (je 2 Schlafzimmer für 4 Personen), 35 Einfamilienhäusern (je 3 Schlafzimmer für 5 Personen) gemäß des vom Council zur Verfügung gestellten Grundrisses auf einem Siedlungsgelände.
Die Außenarbeiten in unmittelbarem Umkreis der Wohnungen sind im Vertrag enthalten, Erschließungsarbeiten, d. h. Straßen- und Kanalarbeiten sind nicht darin enthalten. Die Wohnhäuser sind in Holzfachwerkbauweise zu erstellen, im allgemeinen mit Ziegelmauerwerkverkleidung oder unter Verwendung anderen unterhaltsfreien Materials, einschl. Ausführung der notwendigen Unterbauarbeiten.
c) Der Auftrag umfaßt ein Los.
d) Bei dem Auftrag handelt es sich um eine öffentliche Wohnsiedlung.
4. Die Arbeiten sind innerhalb von 15 Monaten, gerechnet vom Baubeginn an, fertigzustellen.
- 5.
6. a) 22. Oktober 1975.
b) The Chief Executive, Guildhall, Dogpole, Shrewsbury, Shropshire, England.
c) Englisch.
7. 28. November 1975.
8. Den Teilnahmeanträgen sind folgende Unterlagen beizufügen:
 - eine Bankerklärung;
 - beglaubigte Kopien der Jahresabrechnungen und Bilanzen der letzten drei Jahre;
 - eine Erklärung des Gesamtumsatzes und des Bauumsatzes für die letzten drei Jahre;
 - eine Aufstellung der in den letzten fünf Jahren erbrachten Bauleistungen mit Bescheinigungen über die ordnungsgemäße Ausführung der wichtigsten Vorhaben. Aus diesen Bescheinigungen muß außerdem der Auftragswert, die Zeit und der Ort der Bauausführung hervorgehen; ferner muß darin bestätigt werden, daß die Arbeiten nach den anerkannten Regeln der Technik ausgeführt und ordnungsgemäß beendet wurden;
 - Angaben über Geräte, Maschinen und technische Ausrüstungsgegenstände, die dem Unternehmer für die Ausführung des Vorhabens zur Verfügung stehen;
 - Angaben über die im jährlichen Mittel von dem Unternehmen beschäftigten Arbeitskräfte und die Zahl seiner Führungskräfte in den letzten drei Jahren (Artikel 17d).
9. Vergabekriterien für den Auftrag sind:
 1. Preis;
 2. technischer und ästhetischer Wert der entworfenen Wohnungen;
 3. voraussichtlicher Unterhalt und laufende Kosten für die entworfenen Wohnungen.
10. Weitere Angaben:
 1. Die vorgeschlagenen Arbeiten unterliegen der Genehmigung durch das Department of the Environment der Regierung des Vereinigten Königreichs.
 2. Der Auftragnehmer muß Wechselbürgen benennen, um die ordnungsgemäße Ausführung des Auftrags im Rahmen einer Vertragserfüllungsbürgschaft, die in die Vertragsbedingungen aufgenommen wird, sicherzustellen.
 3. Für die Angebotsabgabe werden 5 Wochen, gerechnet vom 28. November an, eingeräumt.
11. 19. September 1975.

Nicht offenes Verfahren

1. Mid Glamorgan County Council, County Hall, Cathays Park, Cardiff.
2. Niedrigstes annehmbares Angebot im Leistungswettbewerb und besondere Vergabekriterien, die auf die Angebote ausgewählter Bieter Anwendung finden.
3. a) M4 Motorway Stormy Down bis Groes Section, Stufe 2, genau südlich der Fernverkehrsstraße A 48, ungefähr 23 Meilen westlich von Cardiff, South Wales.
b) Der Auftrag besteht aus dem Bau von ungefähr 0,92 km 11 m breiter Doppelfahrbahn und befestigten Seitenstreifen; ungefähr 1,3 km 7,3 m breiter Doppelfahrbahn und kürzeren Abschnitten anderer Straßen; einer niveaufreien Kreuzungsanlage und 2 Zufahrtsrampen; einem niveaugleichen Kreisverkehrsplatz; Errichtung von Zäunen, Leitplanken und Lärmsperren; Verlegung und Um- sowie Neubau von Zuleitungen; schließlich Installation von Straßenbeleuchtung, Verkehrszeichen und Straßenmarkierungen.
Zu den Erdarbeiten gehört der Aushub von ungefähr 525 000 m³ Boden, von denen voraussichtlich 192 000 m³ Gestein sind dazu die Verarbeitung von ungefähr 127 000 m³ Boden in Böschungen.
Weiterhin sind der Bau von 4 Spannbeton-Balkenbrücken, einer Verbundbrücke (Stahl/Beton) und 2 Stahlbeton-Fußgängerüberführungen Teil des Auftrags.
c) Die geschätzten Kosten für den Gesamtauftrag belaufen sich auf ungefähr 3,5 Millionen Pfund Sterling.
d)
4. 78 Wochen nach Baubeginn, den der zuständige Ingenieur mitteilt.
5. Reicht eine Bietergemeinschaft ein annehmbares Angebot ein, muß sich jedes Einzelunternehmen schriftlich verpflichten, die gesamtschuldnerische Haftung für die ordnungsgemäße Durchführung des Auftrags zu übernehmen.
6. a) 13. Oktober 1975.
b) Welsh Office, Roads Department, Contract Section, Graham Buildings, 139 Newport Road, Cardiff CF2 1YU.
c) Englisch.
7. Ungefähr Ende November/Anfang Dezember 1975.
8. Nachweis der Eintragung des Unternehmers im Berufsregister oder — im Vereinigten Königreich oder Irland — im Companies Register.
Bilanzen/Jahresabschlüsse für die letzten drei Jahre einschließlich einer Erklärung über den Baumsatz und den Anteil von Tiefbauarbeiten am Umsatz.
Eine Erklärung über die fachliche Qualifikation des leitenden und des Aufsichtspersonals, das für die Ausführung der Arbeiten verantwortlich wäre sowie über frühere Bauverfahren im Vereinigten Königreich. Eine Liste der in den letzten fünf Jahren ausgeführten Arbeiten über 1 Million Rechnungseinheiten unter Angabe des Auftragswerts, des Ausführungsorts und der Vergabestelle.
Nähere Angaben über die zur Ausführung des Auftrags verfügbare technische Ausrüstung.
Angaben darüber, ob der Auftragnehmer eigene oder an Ort und Stelle einzustellende Arbeitskräfte einsetzen will.
9. Einzelheiten über die Vergabekriterien sind den Aufforderungen zur Angebotsabgabe zu entnehmen.
10. Maßgebend für den Auftrag sind die Institution of Civil Engineers Conditions of Contract for Use in connection with Works of Civil Engineering Construction (fünfte Auflage) in der vom Department of the Environment zur Benutzung bei Straßenbauarbeiten abgeänderten Fassung, die Bauvorschriften für Straßen- und Brückenbauarbeiten, Zeichnungen und Leistungsverzeichnisse.
Gleitklauseln für Löhne und Baustoffe sind zulässig. Abschlagszahlungen erfolgen monatlich auf der Grundlage einer Bewertung der ausgeführten Arbeiten und des an die Baustelle gelieferten Materials.
11. 22. September 1975.

Nicht offenes Verfahren

1. London Borough of Camden, Town Hall, Euston Road, London NW1 2RU, England, Vereinigtes Königreich.
2. Beschränkte Ausschreibung gem. Artikel 17 der Richtlinie des Rates 71/305/EWG.
3. a) Der Ausführungsort befindet sich in London NW1 und wird begrenzt im Norden durch den „Agar Grove“ und im Süden und Westen durch Gleisanlagen der British Rail (Midland Region).
b) Das Vorhaben umfaßt die Wohnraumbeschaffung für 1 431 Personen.
Dazu sind auf einem 3,04 ha großen Gelände 225 Wohneinheiten (Häuser, Etagen- und Maisonettenwohnungen) zu errichten [Wohndichte 476 Personen je ha; 21 Blocks mit 2 bis 5 Geschossen (Häuser 2geschossig, Wohnblocks 5geschossig)].
Ferner sind ein Gemeinschaftshaus, Squashplätze, Läden und öffentliche Verkehrsflächen zu errichten.
Die Kosten für das Gesamtvorhaben werden auf über 4 000 000 Pfund Sterling veranschlagt.
c)
d)
4. Gesamtausführungsfrist maximal 3 Jahre.
5. Standard Form of building contract, local authorities edition, with quantities, Ausgabe 1963 Neufassung vom Juli 1973.
6. a) 31. Oktober 1975.
b) London Borough of Camden, Department of Architecture, 197 High Holborn, London WC1, England.
c) Englisch.
7. 19. Dezember 1975.
8. Unternehmer, die noch nicht in die Zulassungsliste des Auftraggebers aufgenommen worden sind, haben mit ihrem Teilnahmeantrag folgende Unterlagen einzureichen:
Erklärung über die technische und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit. Bankauskunft.
Bilanzen oder Auszüge aus Bilanzen des Unternehmens.
Erklärung über den Gesamtumsatz und den Umsatzanteil der Hochbauleistungen in den letzten drei Geschäftsjahren.
Nachweis der Fachkunde und Eignung des Unternehmers.
Ausbildung und fachliche Befähigung des Unternehmers und des für die Ausführung verantwortlichen Führungspersonals.
Liste der in den letzten fünf Jahren ausgeführten Leistungen einschl. Bescheinigung über die zufriedenstellende Ausführung der wichtigsten Projekte. Dabei sind Auftragswert, Zeitpunkt und Ausführungsort der Leistungen anzugeben und es ist anzuführen, ob sie fachmännisch ausgeführt worden sind. Soweit erforderlich wird die zuständige Behörde diese Bescheinigung der Vergabestelle direkt vorlegen.
Angaben über die technische Ausrüstung, die dem Unternehmer für die Ausführung der Leistungen zur Verfügung steht.
Erklärung über die jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte und Zahl des Führungspersonals für die letzten drei Jahre.
Erklärung über die Fachleute bzw. technischen Abteilungen in der Organisation des Unternehmers, die dieser zur Ausführung der Leistungen einsetzen kann, sowie über andere Fachleute oder technische Abteilungen, auf die der Unternehmer ggf. zurückgreifen kann.
9. Niedrigstes annehmbares Angebot.
10. Der Auftragnehmer hat die zur Vereinbarung einer Vertragserfüllungsgarantie erforderlichen Angaben zu machen.
11. 23. September 1975.

Nicht offenes Verfahren

1. The Department of the Environment, South Western Road Construction Unit, Victoria House, 26B Fore Street, Taunton, England.
2. Beschränkte Ausschreibung im Rahmen eines Leistungswettbewerbs ausgewählter Bieter oder Anwendung besonderer Vergabekriterien auf Alternativangebote ausgewählter Bieter.
 3. a) Abschnitt der Hauptverkehrsstraße A 30 zwischen dem Stadtzentrum von Exeter und Okehampton in Devon, England. Die Baustelle erstreckt sich genau östlich von Cheriton Bishop, etwa 14 km westlich von Exeter, bis genau östlich von Whiddon Down, etwa 12 km östlich von Okehampton.
 - b) Die Arbeiten umfassen den Bau von etwa 9 km doppelspuriger Fahrbahn mit Mittelstreifen gemäß den geltenden Vorschriften für Hauptverkehrsstraßen in vorwiegend ländlichen Gebieten.
Der Auftrag umfaßt die Errichtung von 6 Straßenbrücken, 2 Zugangsbrücken zu Bauernhöfen, 4 Entwässerungsdüker mit kleinem Durchmesser und 1 Stützmauer. Folgende Bauweise ist anzuwenden:
 - elastische oder starre Straßendecke,
 - 6 Straßenbrücken, 2 Zugangsbrücken für Bauernhöfe, 2 Strömungsdüker und 1 Stützmauer — aus Stahlbeton,
 - Entwässerungsdüker — gewellter Stahl.
 Die Arbeiten umfassen den Aushub von etwa 900 000 m³ Boden, davon 650 000 m³ zum Einbau in Verkehrsdämmen; Entwässerungsanlage mit natürlichem Gefälle über die gesamte Länge und Anbringen von Hinweisschildern.
Veranschlagte Gesamtkosten: 6,5 Millionen Pfund Sterling.
 - c) Einzelauftrag.
 - d) Der Entwurf von Zeichnungen ist nicht vorgesehen.
4. Ausführungsfrist: 24 Monate, gerechnet vom Baubeginn an, der vom zuständigen Bauleiter mitgeteilt wird.
Das Datum des Baubeginns wird auf einen angemessenen Zeitpunkt nach Angebotsannahme festgelegt.
5. Reicht eine Bietergemeinschaft ein annehmbares Angebot ein, so muß sich jedes Einzelunternehmen schriftlich verpflichten, die gesamtschuldnerische Haftung für die ordnungsgemäße Ausführung des Auftrags zu übernehmen.
6. a) 27. Oktober 1975.
 - b) Angebote können per Telefon, Telegramm oder Telex eingereicht werden, sind jedoch schriftlich zu bestätigen:
The Department of the Environment, Con (H) 4, Room S3/02, 2 Marsham Street, London SW1/ 3EB, England.
 - c) Englisch.
7. Januar 1976.
8. — Nachweis der Eintragung des Unternehmens in einem Berufsregister oder im Companies Register im Vereinigten Königreich oder in Irland.
 - Bilanzen/Jahresabrechnungen der letzten drei Jahre, einschließlich einer Erklärung über den Bauumsatz und die anteilige Tiefbauarbeiten.
 - Erklärung über die technische Leistungsfähigkeit des leitenden und aufsichtsführenden Personals, das für die Ausführung des Auftrags verantwortlich wäre, sowie bisherige Bauerfahrung im Vereinigten Königreich.
 - Aufstellung der in den letzten fünf Jahren erbrachten Bauleistungen über eine Million RE mit Angabe des Auftragswerts, des Ausführungsorts und des Bauherrn.
 - Angaben über Baugeräte und -maschinen, die zur Ausführung der Arbeiten zur Verfügung stehen.
 - Angaben darüber, ob der Auftragnehmer beabsichtigt, Stammpersonal oder an Ort und Stelle angeworbene Arbeitskräfte einzusetzen.
 Unternehmen aus Belgien und Italien können eine „Eintragungsbescheinigung“ anstelle der im 1., 2. und 4. Gedankenstrich genannten Nachweise vorlegen.
9. Einzelheiten zu den Vergabekriterien sind der Aufforderung zur Angebotsabgabe zu entnehmen.
10. Maßgebend für den Auftrag sind die für Tiefbauarbeiten geltenden Vertragsbedingungen der „Institution of Civil Engineers“, (5. Auflage) in der vom Umweltschutzbüro (Department of the Environment) für Straßenbauaufträge geänderten Fassung sowie die technische Beschreibung für Straßen- und Brückenbauarbeiten, Zeichnungen und Leistungsverzeichnisse. Gleitklauseln für Löhne und Materialpreise sind vertraglich vorgesehen. Monatliche Abschlagszahlungen nach Maßgabe der ausgeführten Arbeiten und des an die Baustelle gelieferten Materials.
11. 22. September 1975.

Nicht offenes Verfahren

1. The Department of the Environment, South Western Road Construction Unit, Victoria House, 26B Fore Street, Taunton, England.
2. Beschränkte Ausschreibung im Rahmen eines Leistungswettbewerbs ausgewählter Bieter oder Anwendung besonderer Vergabekriterien auf Alternativangebote ausgewählter Bieter.
3. a) Abschnitt der Hauptverkehrsstraße A 30 westlich des Stadtzentrums von Exeter in Devon, England. Die Baustelle erstreckt sich von Pocombe an der bestehenden Hauptverkehrsstraße A 30 etwa 3 km westlich bis genau östlich von Cheriton Bishop etwa 14 km westlich von Exeter.
b) Die Arbeiten umfassen den Bau von etwa 11 km doppelspuriger Fahrbahn mit Mittelstreifen gemäß den geltenden Vorschriften für Hauptverkehrsstraßen in vorwiegend ländlichen Gebieten.
Der Auftrag umfaßt die Errichtung von 4 Straßenbrücken, 6 Zugangsbrücken zu Bauernhöfen, 2 Strömungsdücker, 18 Entwässerungsdücker mit kleinem Durchmesser.
Folgende Bauweise ist anzuwenden:
— elastische oder starre Straßendecke,
— 6 Straßenbrücken, 2 Zugangsbrücken für Bauernhöfe, 2 Strömungsdücker — Stahlbeton.
— Entwässerungsdücker — gewellter Stahl.
Die Arbeiten umfassen den Aushub von etwa 1 100 000 m³ Boden, davon 990 000 m³ zum Einbau in Verkehrsdämmen; Entwässerungsanlage mit natürlichem Gefälle über die gesamte Länge und Anbringen von Hinweisschildern.
Veranschlagte Gesamtkosten: 8,75 Millionen Pfund Sterling.
c) Einzelauftrag.
d) Der Entwurf von Zeichnungen ist nicht vorgesehen.
4. Ausführungsfrist: 24 Monate, gerechnet vom Baubeginn an, der vom zuständigen Bauleiter mitgeteilt wird.
Das Datum des Baubeginns wird auf einen angemessenen Zeitpunkt nach Angebotsannahme festgelegt.
5. Reicht eine Bietergemeinschaft ein annehmbares Angebot ein, so muß sich jedes Einzelunternehmen schriftlich verpflichten, die gesamtschuldnerische Haftung für die ordnungsgemäße Ausführung des Auftrags zu übernehmen.
6. a) 27. Oktober 1975.
b) Angebote können per Telefon, Telegramm oder Telex eingereicht werden, sind jedoch schriftlich zu bestätigen:
The Department of the Environment, Con (H) 4, Room S3/02, 2 Marsham Street, London SW1P 3EB, England, (Tel.: 212 7575; Telex: 22801).
c) Englisch.
7. Januar 1976.
8. (1) Nachweis der Eintragung des Unternehmens in einem Berufsregister oder im Companies Register (letzteres im Vereinigten Königreich oder in Irland).
(2) Bilanzen/Jahresabrechnungen der letzten drei Jahre einschließlich eine Erklärung über den Bauumsatz und die anteiligen Tiefbauarbeiten.
(3) Erklärung über die technische Leistungsfähigkeit des leitenden und aufsichtsführenden Personals, das für die Ausführung des Auftrags verantwortlich wäre, sowie bisherige Bauerfahrung im Vereinigten Königreich.
(4) Aufstellung der in den letzten fünf Jahren erbrachten Bauleistungen über eine Million RE mit Angabe des Auftragswerts, des Ausführungsorts und des Bauherrn.
(5) Angaben über Baugeräte und -maschinen, die zur Ausführung der Arbeiten zur Verfügung stehen.
(6) Angaben darüber, ob der Auftragnehmer beabsichtigt, Stammpersonal oder an Ort und Stelle angeworbene Arbeitskräfte einzusetzen.
Unternehmen aus Belgien und Italien können eine „Eintragungsbescheinigung“ anstelle der in Ziffern (1), (2) und (4) genannten Nachweise vorlegen.
9. Einzelheiten zu den Vergabekriterien sind der Aufforderung zur Angebotsabgabe zu entnehmen.
10. Maßgebend für den Auftrag sind die für Tiefbauarbeiten geltenden Vertragsbedingungen der „Institution of Civil Engineers“, (5. Auflage) in der vom Umweltschutzamt (Department of the Environment) für Straßenbauaufträge geänderten Fassung sowie die technische Beschreibung für Straßen- und Brückenbauarbeiten, Zeichnungen und Leistungsverzeichnisse. Gleitklauseln für Löhne und Materialpreise sind vertraglich vorgesehen. Monatliche Abschlagszahlungen nach Maßgabe der ausgeführten Arbeiten und des an die Baustelle gelieferten Materials.
11. 22. September 1975.

Nicht offenes Verfahren

1. Direction départementale de l'équipement du Finistère, 11, Théodore Le Hars, F 29107 Quimper.
2. Beschränkte Ausschreibung im Leistungswettbewerb mit vorheriger Veröffentlichung nach der „Directive Interministérielle“ vom 28. Oktober 1970.
3. a) Handelshafen Brest.
 - b) Bau eines Trockendocks für Großtanker; die wichtigsten Baumerkmale sind:
 - Länge: 370 Meter,
 - Breite: 80 Meter,
 - Höhe des Felsbodens: — 11 bis — 12 Meter,
 - Sohlenhöhe: — 9 Meter am Einlauf, — 8 Meter auf der Docksohle,
 - Höhe der Kaifläche: + 10 Meter.
 Hierzu wird allerdings angegeben, daß sich die Länge eventuell auf 420 Meter erhöht; aus diesem Grunde ist die untere Dockwand als Fangdamm auszuführen.
 - c) Die Arbeiten sind in ein Hauptlos und mehrere Nebenlose unterteilt.
 - 2.1 — Hauptlos
Ingenieurbau (Fangdamm — Beton) sowie verschiedene Ausrüstungsteile (Lastwinden, Poller, usw.)
 - 2.2 — Nebenlose
Los Nr. 1: Baggerarbeiten:
 - Ausbaggerung von 5 500 000 m³ Material; davon ist ein Teil an eine 35 km entfernte liegende Stelle abzutransportieren und der Rest in einer Spundwandumschließung abzulagern.
 - Aushub von 2 000 000 m³ Sand an einer etwa 15 km vom Hafen gelegenen Stelle und Aufspülung auf das Kaiplanum des Docks.
 - Los Nr. 2: Torponton.
 - Los Nr. 3: Pumpstation (Pumpen, die das Dock innerhalb von vier Stunden leerpumpen können).
 - Los Nr. 4: Kielstapel (Lieferung von 800 Kielstapel)
 - Los Nr. 5: (ggf.) Einfassungsmauern. Einbau von etwa 1 000 000 m³ Bruchmaterial aller Körnungen.
 - d) Die Ausschreibung umfaßt den Entwurf, die Konstruktion und die Ausführung der Arbeiten für die Dockbauten.
4. Die Ausführungsfristen sind vom Bieter im Angebot anzugeben, doch darf die Gesamtausführungsfrist für alle Arbeiten 42 Monate nicht überschreiten.
- 5.
6. a) 15. Oktober 1975.

Der Umschlag mit dem Teilnahmeantrag und den entsprechenden Anhängen ist per Post einzuschicken. Der Umschlag muß spätestens am 14. Oktober abgestempelt sein.

 - b) Monsieur le Directeur Départementale de l'Équipement à l'intention de Monsieur l'Ingénieur des Ponts-et-Chaussées chargé de l'Arrondissement de Brest, 2, rue Aldéric Lecomte, F 29200 Brest.
 - c) Französisch.
7. 31. Oktober 1975.
8. Folgende Unterlagen sind erforderlich:
 - Ein Teilnahmeantrag.
 - Auskünfte nach Anhang III der „Instruction“ vom 14. März 1973 zur Durchführung des „Décret“ Nr. 73/431 vom 14. März 1973 über die Vergabe bestimmter öffentlicher Bauleistungsaufträge im Leistungswettbewerb innerhalb der Europäischen Gemeinschaft, „Décret“, „Instruction“ und Anlagen sind im Staatsanzeiger der Französischen Republik Nr. 85 vom Montag, dem 9. und Dienstag, dem 10. April 1973, veröffentlicht.
 - Eine Erklärung nach einem der Muster in Anhang III der oben aufgeführten „Instruction“.

„Generalunternehmen“ müssen außerdem eine Liste der Nachunternehmer, mit denen sie Angebote für die Nebenlose auszuarbeiten und einzureichen beabsichtigen, vorlegen; außerdem sind dem Teilnahmeantrag Referenzen über die Nachunternehmer beizufügen, um deren Zulassung zu ermöglichen.
9. Kombiniertes Verfahren „Generalunternehmen-Fachlose“.

Folgenden Kriterien wird besondere Bedeutung beigemessen:

 - Technische Qualität;
 - Preis;
 - Ausführungsfristen.
10. Der Auftraggeber stellt die Liste der zur Angebotsabgabe zugelassenen „Generalunternehmen“ auf.

Außerdem legt er eine Liste der Nachunternehmer fest, die sich zusammen mit den Generalunternehmen um die Nebenlose bewerben können.

Die Listen der „Generalunternehmen“ und der „Nachunternehmer“ werden vom Directeur Départemental de l'Équipement festgelegt.

Sämtliche Arbeiten werden vom Staat als Gesamtauftrag an ein Generalunternehmen vergeben, das die Arbeiten im Rahmen des Hauptloses zusammen mit den Nachunternehmern für die Nebenlose ausführt.

Die Federführung für die gesamten Arbeiten übernimmt der Auftragnehmer für das Hauptlos.

Das Datum der Angebotsabgabe wird den Unternehmen mit der Übersendung der Verdingungsunterlagen bekanntgegeben: voraussichtlicher Termin 20. Januar 1976.
11. 23. September 1975.

Nicht offenes Verfahren

1. Central Lancashire New Town Development Corporation, Cuerden Pavilion, Bamber Bridge, Preston, PR5 6AZ, Lancashire, Vereinigtes Königreich.
2. Beschränkte Ausschreibung mit Leistungswettbewerb.
3. a) Lancaster Lane Residential Area, Clayton-le-Woods, in der Nähe von Leyland, Lancashire, Vereinigtes Königreich.
Das Gelände der Parzelle „A“ umfaßt etwa 5,61 ha unbebaute Fläche.
b) Bau von 200 Wohnungen in zweigeschossigen Gebäuden mit den dazugehörigen Baustellenvorbereitungs- und -erschließungsarbeiten sowie Anschlüssen.
c) Gesamtauftrag.
d) Die Anfertigung von Entwürfen ist im Auftrag nicht vorgesehen. In der ersten Phase des Ausschreibungsverfahrens werden den Bietern Gesamtübersichts-/Gebäudepläne übersandt, nach denen sie ihre Angebote einreichen. Nach Eingang der Angebote hat der erfolgreiche Bieter sämtliche Detailzeichnungen, die in der zweiten Phase des Ausschreibungsverfahrens verlangt werden, zu erstellen.
4. Das Bauprogramm wird nach ausführlicher Erörterung mit dem erfolgreichen Bieter nach der ersten Phase des Ausschreibungsverfahrens festgelegt. Die Bieter müssen jedoch in der ersten Phase der Ausschreibung mit ihren Angeboten schematische Programme einreichen, die als Grundlage späterer ausführlicher Erörterungen dienen. Nach Beginn der Arbeiten auf der Baustelle ist eine Ausführungsfrist von 21 bis 24 Monaten vorgesehen.
5. Unternehmenszusammenschlüssen kann der Auftrag erteilt werden, wenn sie nach englischem Recht befugt sind, einen Vertrag mit der Corporation abzuschließen.
6. a) 13. Oktober 1975, 16 Uhr.
b) The Chief Officer for the Executive Services, Anschrift vergleiche Ziffer 1.
c) Englisch.
7. 20. Oktober 1975.
8. Unternehmen, die sich an der Ausschreibung beteiligen möchten, müssen folgende Nachweise erbringen:
 - Nachweis, daß der Unternehmer nicht unter Artikel 23 der Richtlinie Nr. 71/305/EWG vom 26. Juli 1971 des Rates der Europäischen Gemeinschaften fällt;
 - Nachweis der finanziellen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Unternehmers gemäß Artikel 25 Buchstaben a), b) und c) der genannten Richtlinie einschließlich der Vorlage von beglaubigten Kopien der Bilanzen oder Jahresabrechnungen des Unternehmers für die letzten drei Geschäftsjahre, unabhängig davon, ob die Veröffentlichung der Bilanzen oder Jahresrechnungen gesetzlich vorgeschrieben ist oder nicht;
 - Nachweis der technischen Leistungsfähigkeit des Unternehmers gemäß Artikel 26 Buchstaben a), b), c), d) und e) der genannten Richtlinie.
9. Die Corporation wird bei der Auftragserteilung folgende Kriterien berücksichtigen: den Preis, die technische Leistungsfähigkeit des Unternehmers sowie seine Erfahrung mit ähnlichen Aufträgen.
10. Maßgebend für den Auftrag sind die von der Corporation abgeänderten Vertragsbedingungen des „Royal Institute of British Architects (Standardformular für Bauverträge mit Gemeindebehörden, Ausgabe 1963 (geänderte Fassung vom Juli 1973)).
Der Auftragnehmer muß eine Vertragserfüllungsbürgschaft in Höhe von 10 % der Verdingungssumme für die ordnungsgemäße Ausführung des Auftrags stellen und eine Haftpflichtversicherung für jeden Unfall über 500 000 Pfund Sterling (ohne Haftungsbeschränkung) abschließen.
Die Zahlungsbedingungen sind in den vorerwähnten Vertragsbedingungen enthalten.
Die Zuschlagerteilung erfolgt auf der Grundlage, daß der erfolgreiche Bieter Gelegenheit erhält, einen Anschlußauftrag über ähnliche Arbeiten für eine weitere Phase im Rahmen des oben beschriebenen Entwicklungsprojekts auszuhandeln.
11. 22. September 1975.

Ergänzende Angaben

**North West Thames Regional Health Authority, 40 Eastbourne Terrace, London, W2 3QR,
Vereinigtes Königreich**

*(Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. C 215 vom 19. September 1975, S. 31,
Nicht offenes Verfahren)*

Betr.: Luton & Dunstable Hospital, Dunstable Road, Luton, Bedfordshire, England.

7. anstatt: 11. Oktober 1975.

muß es heißen: 11. Dezember 1975.